

Urmengang Über diese fünf Vorlagen stimmen wir am 27. September ab.

Begrenzungsinitiative	Darum geht es in der Vorlage Die SVP hat ihre Volksinitiative zur Kündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens lanciert, weil sie mit der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative nicht zufrieden war. Sie verlangt, dass die Schweiz die Zuwanderung eigenständig steuert und die Personenfreizügigkeit in Verhandlungen mit der EU beendet. Erreicht die Schweiz innert zwölf Monaten kein Verhandlungsergebnis, muss sie das Abkommen kündigen.	Die Argumente der Befürworter Im Parlament wurde die Initiative nur von der SVP und der Lega unterstützt. Sie wollen die Zuwanderung bremsen. Aus ihrer Sicht hat die Einführung der Personenfreizügigkeit 2007 dazu geführt, dass zu viele Menschen in die Schweiz eingewandert sind. Das setze die Einheimischen auf dem Arbeitsmarkt unter Druck. Mieten und Immobilienpreise stiegen, die Landschaft werde zube-toniert, und die Infrastruktur sei überlastet.	Die Argumente der Gegner Die meisten Parteien, Bundesrat und Kantone sowie Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften lehnen die Initiative ab. Sie sagen, die Wirtschaft sei auf die Personenfreizügigkeit angewiesen, um genügend Fachkräfte zu finden. Die Initiative gefährde Arbeitsplätze. Falls die Schweiz die Personenfreizügigkeit kündigen müsse, fiele auch die anderen Abkommen der bilateralen Verträge I wegen der Guillotineklausel automatisch dahin.
Kampfflugzeuge	Bundesrat und Parlament wollen die seit 1978 und 1996 im Einsatz stehenden Kampfflugzeuge ersetzen. Welchen Kampffjet die Schweiz kaufen würde, ist noch nicht klar. Abgestimmt wird über ein Kostendach von 6 Milliarden Franken. Im Rennen sind das Tarnkappenflugzeug F-35 von Lockheed Martin, die F/A-18 Super Hornet von Boeing, der Rafale des französischen Herstellers Dassault und das Airbus-Flugzeug Eurofighter.	Ein breites Komitee mit Vertretern von SVP, FDP, CVP, GLP, BDP und EVP sowie mehrerer Organisationen setzt sich für die Beschaffung ein. Für sie steht fest: Nur mit neuen Kampffjets sei die Schweiz für künftige Bedrohungen gerüstet. Zudem gehe es um die mit dem Luftpolizien dienst verbundenen Aufgaben. Für den Bundesrat sind neue Kampffjets unverzichtbar. Er argumentiert mit der sich verschlechternden Sicherheitslage.	Gegen die Vorlage stimmten im Parlament mehrheitlich SP und Grüne, die dann das Referendum der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) unterstützt haben. Die Gegner kritisieren den geplanten Kampfjetkauf als «unnötige Geldverschwendung». Ein konventioneller Luftkrieg sei unrealistisch. Die Gegner betonten, dass die Schweiz weiterhin einen Luftpolizeidienst brauche. Dafür reichten aber günstigere Flugzeuge.
Jagdgesetz	In der Schweiz leben etwa 100 Wölfe, rund die Hälfte davon allein im Kanton Graubünden. Das Parlament hat deshalb das Jagdgesetz von 1986 überarbeitet. Zwar bleibt der Wolf eine geschützte Tierart, doch können die Kantone neu den Bestand ohne Zustimmung des Bundes regulieren. Das Gesetz bringt eine Reihe weiterer Neuerungen. So soll der Schutz verschiedener Wildtierarten verbessert werden.	Der Bundesrat und die Mehrheit des Parlaments befürworten die Revision. Für sie stärkt das Gesetz den Schutz vieler Wildtierarten. Zudem bietet es eine pragmatische Lösung für den Umgang mit dem wachsenden Wolfsbestand: Der Wolf bleibe eine geschützte Tierart, auch würden die Rudel erhalten bleiben. Hinter dem Gesetz stehen SVP, FDP, CVP und BDP, ebenso der Schweizer Bauernverband und der Verband Jagdschweiz.	Naturschutzverbände haben das Referendum ergriffen. Mit den neuen Regeln würden vorsorglich und grundlos geschützte Tiere abgeschossen, argumentieren sie. Auch sehen sie den Artenschutz in der Schweiz gefährdet. Und sie befürchten, dass der Bundesrat weitere geschützte Tiere zum Abschuss freigeben könnte. Auch SP, Grüne, GLP sowie EVP lehnen die Revision ab, ebenso der Schweizerische Forstverein.
Kinderabzüge	Eltern sollen die Kosten für Kinder, die von Dritten betreut werden, mit bis zu 25'000 Franken von der Bundessteuer abziehen können. Zusätzlich soll der allgemeinen Kinderabzug erhöht werden. Rund 40 Prozent der Familien zahlen keine direkten Bundessteuern. Sie hätten damit nichts vom höheren Abzug. Der Bundesrat schätzt, dass die höheren Abzüge zu Steuerausfällen von zusammen 380 Millionen Franken führen.	Für ein Ja werben CVP, FDP, BDP, EVP und SVP. Gut ausgebildete Mütter müssten sich heute ein höheres Arbeitspensum teuer erkaufen: erstens mit einem Rutsch in eine höhere Steuerklasse und zweitens mit hohen Kosten für die externe Kinderbetreuung. Mit der Vorlage würden die richtigen Impulse gesetzt: Die Mutterschaft dürfe für weibliche Fachkräfte kein Grund mehr sein, auf ihr gewünschtes Erwerbsleben zu verzichten.	Das Referendum ergriffen hatten SP und Grüne. Der höhere allgemeine Abzug nütze Topverdienern am meisten. Auch ein liberales Komitee mit Vertretern von GLP und FDP spricht von einem «Selbstbedienungspaket». Das Aufnehmen einer Erwerbsarbeit werde mit jedem Kind weniger attraktiv. Der höhere allgemeine Kinderabzug sei eigentlich die Einführung der SVP-Familieninitiative durch die Hintertür.
Vaterschaftsurlaub	Väter sollen bei der Geburt eines Kindes Anrecht auf zwei Wochen Urlaub haben, der am Stück oder tageweise in den ersten sechs Monaten bezogen werden kann. Der Lohnersatz beträgt 80 Prozent des Lohns vor der Geburt, höchstens aber 196 Franken pro Tag – wie auch beim Mutterschaftsurlaub. Die Kosten für die Erwerbsersatzordnung belaufen sich gemäss Bund auf 230 Millionen Franken pro Jahr, das entspricht 0,05 Lohnprozenten.	SP, Grüne, CVP, Grünliberale und BDP befürworten die Vorlage. Der Anstoss kam ursprünglich von der Gewerkschaft Travailsuisse und weiteren (Angestellten-)Verbänden, welche 2017 eine Volksinitiative lanciert hatten. Für die Befürworter ist ein gesetzlicher Vaterschaftsurlaub überfällig, die umliegenden Länder haben ihn schon lange. Daneben zählt für sie das Argument der Gleichstellung.	Ein bürgerliches Komitee aus SVP-Politikern, Gewerbeverband, Jungfreisinnigen und einigen FDP-Parlamentariern hat das Referendum gegen den Vaterschaftsurlaub ergriffen. Ihr Hauptargument lautet: Nein zu immer höheren Lohnabgaben, damit einige wenige zwei Wochen zusätzliche Ferien erhalten. Kleine und mittelgrosse Unternehmen sowie Gewerbebetriebe litten bereits heute unter hohen Kosten.